

KURT OFFERS

Neue Wege in der Lohndiskussion

Das Jahr 1964 läßt auf dem lohnpolitischen Sektor keine außergewöhnlichen Entwicklungen erwarten: die bestehenden Tarifverträge können für die Mehrzahl der Arbeitnehmer 1964 nämlich nicht gekündigt werden. Das ist das Ergebnis einer sehr behutsamen Tarifpolitik der Gewerkschaften im zurückliegenden Jahr, die nicht zuletzt unter dem Druck einer von den Maßhalteparolen der Bundesregierung stark beeinflussten öffentlichen Meinung stand. Die lohnpolitische Diskussion ist dennoch mit unverminderter Intensität fortgeführt worden, allerdings von offenbar zementierten Standpunkten aus, der oft wiederholten Forderung nach einer „Versachlichung“ des Lohngesprächs zum Trotz.

In diesem Augenblick — zur rechten Zeit also — wird mit dem Buch „*Lohnpolitik heute*“¹⁾ ein Diskussionsbeitrag vorgelegt, in dem der löbliche Versuch unternommen wird, die Standpunkte der Tarifpartner auf ihre volkswirtschaftliche Fundierung zu untersuchen, auch Gemeinsamkeiten aufzuspüren als Ausgangsbasis für neue Wege sowie zur notwendigen Klärung der Begriffe in der durch die bisherigen Streitgespräche verwirrten Öffentlichkeit beizutragen. Der Verlag folgte damit einer Initiative von Dr. *Herbert Ehrenberg* (siehe Vorwort), der im ersten Teil des Buches in einer konjunkturpolitischen Analyse die Aspekte der Lohnpolitik in der sozialen Marktwirtschaft vom Standpunkt des Arbeitnehmers und der Gewerkschaften untersucht.

1) Ehrenberg/Spiegellialter: *Lohnpolitik heute*. Eine Auseinandersetzung. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1963 166 S., Paperback 9,80 DM.

Als Mitautor gewann der Verlag *Franz Spiegelhalter*, bis 1963 volkswirtschaftlicher Berater der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der im zweiten Teil die Argumentation der Arbeitgeberseite zur Grundlage einer lohnpolitischen Betrachtung im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang macht.

Ehrenberg untersucht die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik seit dem Tage der Währungsreform, ohne dabei zu übersehen, daß diesem scheinbaren „Nullpunkt“ der westdeutschen Wirtschaft drei Jahre vorausgegangen waren, in denen unter schwierigsten Bedingungen die wertvollen Sachgüter produziert wurden, deren Hortung die „vollen“ Schaufenster nach dem Währungsstichtag erst ermöglichte.

Seine mit konkretem Zahlenmaterial belegte Analyse kommt zu dem bekannten Ergebnis, daß von 1950 bis 1960 die Verteilung des Volkseinkommens merkwürdig konstant bleibende Relationen aufweist, was vielfach zu dem fragwürdigen Schluß verleitet habe, daß es sich dabei um ein ökonomisches „Gesetz“ handle. Die Ausweitung der Lohnquote von 60,8 vH im Jahre 1960 auf 63,8 vH im Jahre 1962 könne als Folge der Knappheitssituation am Arbeitsmarkt wie auch der DM-Aufwertung angesehen werden (S. 34). Sie widerlege das „Gesetz“ ebenso wie dies auch aus den völlig anders gearteten Verteilungsstrukturen in vergleichbaren Volkswirtschaften erkenntlich sei.

Bei der Frage nach der Ursache der disproportionalen Entwicklung seit 1950, die einseitig zugunsten der Investitionsgüterindustrie verlief, widmet *Ehrenberg* neben den binnenwirtschaftlichen Zusammenhängen auch dem Außenhandel besondere Aufmerksamkeit, dessen chronische Exportüberschüsse seit 1951 erheblichen Anteil am Preisauftrieb hatten. Im Bereich der Vermögensbildung ist im gleichen Zeitraum eine ähnliche Tendenz sichtbar: während die privaten Haushalte an der Netto-Vermögensbildung von 1950—1959 zu 26,6 vH partizipierten, betrug der Anteil der Unternehmer 36,3 vH (S. 30).

Es ist die Absicht dieser gründlichen Analyse *Ehrenbergs*, der Lohnpolitik ihren „richtigen“ Standort in der Gesamtwirtschaft zuzuordnen. Die disproportionalen Entwicklungen, deren Ursachen und Triebkräfte *Ehrenberg* aufzeigt, werden mit wissenschaftlicher Akribie dargestellt, wobei aber eine für den interessierten Laien durchaus verständliche Form gewahrt bleibt. *Ehrenberg* übersieht die Doppelstellung des Lohnes und seine interdependenten Wirkungen nicht, gibt sich aber nicht damit zufrieden, daß die mangelhafte Präsenz des Staates in der Wirtschaftspolitik zur Resignation der autonomen Tarifpartner, insbesondere der Gewerkschaften, verleitet. Die konventionellen lohnpolitischen Mittel haben den eingetretenen Zustand einer höchst unbefriedigenden Einkommens- und Vermögensverteilung nicht verhindern können. Die Gewerkschaften sind daher aufgerufen, neue Wege zu beschreiten. *Ehrenberg* sieht sie in der Kombination von Lohn- und Vermögenspolitik sowie in Anlehnung an das Beispiel der Tarifpolitik der IG Bau, Steine, Erden in einer stärkeren Ausprägung der sozialpolitischen Bindungen an den Lohn. Eine derart aktiv geführte Lohnpolitik könnte wesentlich zu den in der Bundesrepublik dringend erforderlichen Strukturverschiebungen (Lohnquote, Vermögensbildung) beitragen, allerdings nur, „wenn die Lohnforderungen auch dann realisiert werden, wenn sie — je nach der Konjunkturlage — über das ‚Produktivitätswachstum‘ hinausgehen“ (S. 87).

Im Gegensatz hierzu sieht *Spiegelhalter* gerade darin die Gefahr weiterer Preissteigerungen, die eine Realloohnerhöhung verhindern würden und letzten Endes einen inflatorischen Prozeß auslösen können. Ganz abgesehen davon, daß die Löhne noch nie Ursache einer Inflation gewesen sind, übersieht *Spiegelhalter* die in jeder Produktivitätssteigerung liegende Senkung der Durchschnittskosten, die bei gleichbleibender Gewinnquote den Arbeitnehmern unter Verzicht auf Preissteigerungen zugute kommen könnte. Andererseits garantiert die dem Produktivitätsfortschritt entsprechende Lohnerhöhung keineswegs automatisch Preisstabilität, denn die Produktivitätsentwicklung in den ein-

zelen Bereichen der Wirtschaft ist sehr differenziert. Daraus folgt in der Regel, daß die Preisentwicklung der überproportionalen Bereiche nicht entsprechend nachgibt, wodurch die Flexibilität der Preise der nachhinkenden Bereiche nach oben hin keine Grenzen gesetzt sind. Preisstabilität bei Lohnerhöhung = Produktivitätsfortschritt setzt zusätzlich Anpassung der Investitionen, der öffentlichen Ausgaben und des Außenbeitrags voraus. Spiegelhalter sieht das wohl, glaubt aber mit dem Hinweis auf die eventuelle Unmöglichkeit solcher Anpassungen aus Gründen dringlicher sozialpolitischer, investitionspolitischer oder verteidigungspolitischer Zielsetzungen die Notwendigkeit zu lohnpolitischer Zurückhaltung hinreichend begründet zu sehen, wenn nicht der „unheilvolle Wettlauf um die Erhaltung der realen Anteile“ einsetzen soll, der letztlich die Preise „noch über die lohnbedingte Nachfragesteigerung hinaus in die Höhe treibt“ (S. 113).

Die im übrigen angewendete Abstrahierungsmethode Spiegelhalters, die den Lohn jeweils aus einer sehr einseitigen Blickrichtung zu beleuchten sucht, kann nicht voll befriedigen, wengleich die Argumentation insgesamt angesichts der vorhergegangenen Untersuchungen Ehrenbergs bei der Suche nach rationalen Ansatzpunkten einer neuen Lohnpolitik hilfreich sein kann. Hilfreich vor allem bei der Überwindung der formaltheoretischen Thesen der Arbeitgeberseite, wie sie bisher gebräuchlich sind. Hierin liegt ein besonderer Wert der Auseinandersetzung Ehrenberg/Spiegelhalter, einen Beitrag zu der doch gerade von Unternehmerseite geforderten „Versachlichung“ geleistet zu haben. „Versachlichung“, in der Lohndiskussion bisher nur ein banales Schlagwort, kann doch nur heißen, sich nicht länger den unwiderlegbaren Erkenntnissen zu verschließen, die über Lohn, Lohnhöhe und die Rolle des Lohns in der jeweiligen Konjunktursituation vorliegen.

Wir können mit unseren Ausführungen dem Leser nicht die persönliche Auseinandersetzung mit den lohnpolitischen Betrachtungen von Ehrenberg/Spiegelhalter ersparen, sondern wollen vielmehr dazu anregen. Denn endlich liegt mit diesem Buch eine Materialsammlung und -auswertung über das Lohngespräch der Tarifpartner vor, die nicht nur berichtet, sondern auch Wege aufzeigt, deren Befolgung uns dem Verfassungsziel „Sozialer Rechtsstaat“ näherbringen könnte. Hier nun muß sich folgerichtig die Aufforderung auch an den Staat selbst richten, der durch seine aktive Präsenz in der Wirtschaftspolitik entscheidend zu Vollbeschäftigung — Stabilität des Geldwertes — Zahlungsbilanzausgleich beizutragen hat.

Dieses „magische Dreieck“ zu realisieren, setzt Planung und Programmierung voraus. Wenn in Unternehmungen jeder Größenordnung wichtige einzelwirtschaftliche Entscheidungen auf einem möglichst umfassenden und sicheren Datenkranz basieren, so kann die Gemeinschaft nicht darauf verzichten, möglichst ebenso genau wie der einzelne Unternehmer — wenn nicht besser! — zu wissen, wohin die Entwicklung geht. Das hat mit Planwirtschaft nicht das geringste zu tun. Ehrenberg hofft, daß der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ dazu beitragen wird, die „Lohngespräche zu versachlichen und die Öffentlichkeit besser (also richtiger!) als bisher zu informieren“ (S. 87).

Wir wollen uns dieser Hoffnung gern anschließen. Die Gewerkschaften aber dürfen nicht im Vertrauen darauf zunächst eine abwartende Haltung einnehmen. Sie haben keine andere Wahl, als über die Lohnpolitik eine gerechtere Einkommensverteilung anzustreben. Im Bemühen, dieses Ziel zu erreichen, darf es keine Unterbrechung geben. Gerade weil die Bundesregierung diesen Weg als gefährvoll ansieht (wahrscheinlich deshalb, weil es ihr so am besten ins Konzept paßt), wird sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung am ehesten veranlaßt werden können, ihrerseits endlich etwas für eine bessere Verteilungsstruktur zu tun, also an die Stelle der unnützen punktuellen Maßnahmen eine langfristige Prognose der künftigen Wirtschaftsentwicklung zu setzen.